



Aufstand der Ordnungshüter – ein erster Vorgeschmack im Saarland

Größte Demo der ÖD-Gewerkschaften der letzten Jahre im Saarland

Wie ernst den Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes ihre berechtigten Forderungen nach einer angemessenen Lohnerhöhung sind, machten sie auch in Saarbrücken bei der Demo am 17. Dezember 2002 deutlich. Mehr als 6000 Teilnehmer waren dem Aufruf von GdP und Ver.di gefolgt und bildeten den größten Demonstrationenzug von ÖD-Beschäftigten, den Saarbrücken seit vielen Jahren erlebt hatte.

Der Aufzug bewegte sich von der Dudweiler Straße aus quer durch Saarbrücken und endete mit einer Kundgebung vor der Staatskanzlei. GdP-Landesvorsitzender Hugo Müller konnte mehr als

Alle Teilnehmer unterstrichen damit die Forderungen der ÖD-Gewerkschaften im anstehenden Tarifkonflikt nach Tarifierhöhung „3plus“ und die inhaltsgleiche Übertragung dieses angestrebten



Der "Mistwagen" führte die Demo an

2000 Polizeibeschäftigte in diesem Demonstrationenzug anführen. Mit dabei waren auch Teilnehmer der GdP Rheinland Pfalz und der GdP Bezirksgruppe BGS sowie auch nicht- bzw. in anderen Berufsvertretungen organisierte Kolleginnen und Kollegen.

Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten des ÖD. Ein weiteres Ziel der Demo war es, den aufflammenden Protest gegen die Bundesratsinitiative des Landes Berlin, bekannt unter dem verharmlo-

senden Stichwort „Öffnungsklausel“, massenhaft zu zeigen. Der mitgeführte „Mistwagen“ war als Symbol zu verstehen, was wir von der „Öffnungsklausel“ halten. Bei der Abschlusskundgebung vor der Staatskanzlei sprachen Saar DGB-Chef Eugen Roth, Rolf Linsler von Ver.di, Hugo Müller und der Chef der Staatskanzlei, Karl Rauber.



Eugen Roth (2. v.l.) führte die "Sparkuh" im Demozug mit

Auszüge aus der Rede von Hugo Müller:

... Kolleginnen und Kollegen, die Staatsfinanzen sind marode. Steuereinnahmen brechen weg. Sparen ist angesagt. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verzichten auf Lohn- und Gehaltsteile, arbeiten länger und beteiligen sich selbst stärker an Gesundheits- oder Altersvorsorge. So lautet die

bis zu 10 % zu kürzen, esoldungs- und Versorgungsanpassungen zu verweigern, das Urlaubs und Weihnachtsgeld zu kürzen oder gar zu streichen. Für den einzelnen Beamten oder Pensionär können alleine diese Kürzungspläne bis zu 18 Prozent seines Einkommens ausmachen. Und auch hier rufe ich euch zu: Das ist der Gipfel von Ignoranz und Unverschämtheit! Das stinkt zum Himmel! Pfui – schämt Euch! Und damit immer



Die Rednerbühne bei der Abschlusskundgebung

noch nicht genug. Das offensichtlich verlockende Ziel, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und in der Polizei zu schröpfen, hat einen erstaunlichen Wettbewerb in

einfache Logik unserer Politiker, wenn's eng wird. Und eine Kuh zu melken, die sich nicht wehrt, ist ja auch einfach. Dazu sagen wir ganz laut: Jetzt ist erdültig Schluss! Das stinkt zum Himmel! Jetzt stellen wir uns quer!.....

.... jetzt kommt der Gipfel der Unverschämtheiten: Nun wollen die Ministerpräsidenten der Länder – quasi im Handstreich – eine Öffnungsklausel in die Bundesbesoldung und -versorgung einführen. Hinter dieser hamlos wirkenden Begrifflichkeit steckt die Möglichkeit, das es jedem Bundesland künftiger erlaubt sein soll, die Besoldung und Versorgung um

Gang gesetzt, geradezu eine Olympiade der Kahlschlag-Politiker. Jeder versucht, den anderen zu übertreffen. Dabei steht die Nullrunde für den öffentlichen Dienst auf Platz 1 der Tabelle. Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel will die Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden erhöhen, Polizistinnen und Polizisten sollen bis zum 62igsten Lebensjahr arbeiten.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber will für die Polizisten die Altersteilzeit-

Fortsetzung unseitig

Fortsetzung von Seite 1

Verkürzungstage streichen.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident will bei Polizisten die Altersgrenze sogar auf bis zu 65 Jahre anheben. Die Polizeizulage für Anwärter soll gestrichen werden und kranke Kolleginnen und Kollegen sollen demnächst bei der Beihilfe einen Eigenanteil


von bis zu 750 Euro leisten. Dies alles ist eine ungehauerliche Kampfansage an die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Polizeibeschäftigten und alle Arbeitnehmer in dieser Republik. Wer so etwas tut, muss wissen: Wer Wind sät, wird unseren Sturm ernten! ...



Schutz und Fürsorge des Staates wurden bei der Demo mit Kreuz und Sarg beerdigt

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe unseres Landesteils ist der 4. Februar 2003



**Deutsche
Polizei**

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannenmacher (V.i.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfES
Scheider Str. 110
66 123 Saarbrücken
Telefon (0681) 9 62 - 1513
E-Mail: gdp@saarp@aol.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 von 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GbH & Co. KG,
Merkweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

... Wir setzen Leben und Gesundheit für diesen Staat ein. Und so lautet unser Anteil des bisherigen Dienst- und Treueverhältnisses: Seit 1945 wurden 1400 Polizeibeamtinnen und -beamte im



Gemeinsam kämpfen: GdP-Chef Hugo Müller (links) und Bdk-Chef Willi Kollmann (rechts)

Dienst getötet. 385 Polizisten wurden durch Rechtsbrecher ungebracht. Im Jahre 2000 wurden 8 Kolleginnen und Kollegen durch Verbrecher brutal getötet. In diesem Jahr verloren bereits zwei Kollegen ihr Leben durch Verbrecherhand. Tausende Kolleginnen und Kollegen werden jedes Jahr im Dienst verletzt. Pro Jahr werden etwa 700 Polizisten so schwer im Dienst verletzt, dass sie mehr als sieben Tage krank geschrieben werden. Ist es da verwunderlich, dass die Polizei sich allein gelassen fühlt? Wo ist der unmissverständliche Rückhalt der Politik? ...

... Mit aller Kraft wollen wir verhindern, abgekoppelt zu

werden. Wir lassen uns nicht als Arbeitnehmer zweiter Klasse behandeln. Wir wollen eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten Und

wir wollen ein klares Nein zur Öffnungsklausel! ...

Keine Sonderopfer

Der Chef der Staatskanzlei, Karl Rauber sagte bei seiner Rede:

"Wir werden das Ergebnis der Verhandlungen übernehmen. Es wird kein Sonderopfer für Beamte Geben!"

Die GdP wird die Umsetzung dieser Aussage einfordern!

Groß-Demo gegen Null-Runde

Staatssekretär Rauber: „Keine Sonderopfer für Beamte“

Saarbrücken (hjs). Montagnachmittag gegen 14.30 Uhr in Saarbrücken: Es herrscht Verkehrschaos in der Landeshauptstadt. Eine Demonstration mit rund 6000 Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes legt den Verkehr in Saarbrückens Innenstadt lahm. Der Grund für die Groß-Demonstration: Heute finden in Kassel die Verhandlungen für mehr Lohn und Gehalt im öffentlichen Dienst mit den Arbeitgebern aus Bund, Ländern und Kommunen statt. Und die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi zeigt sich kampfbereit. Ziel der Saarbrücker Kundgebung ist der Platz vor der Staatskanzlei. „Wir sind nicht die Melkkuh des Staates“, so die Botschaft der Berufsfeuerwehrleute, Bundesgrenzschützer und Polizisten, unterstrichen durch eine lebende Melkkuh. Gerade die Beamten im mittleren und gehobenen Dienst sehen sich als Opfer der Sparpolitik von Bund und Ländern. Hugo Müller, der Bezirksvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, macht deutlich, was auf die Beamten zukommen kann: „Wir erleben hier eine Olympiade der Kahlschlag-Politiker.“ Nach den neuesten Plänen müssten Beamte mit bis zu 18 Prozent weniger Gehalt rechnen. „Gleichzeitig wird die Wochenarbeitszeit

von 40 auf 42 Stunden angehoben.“ Da stelle man sich quer, betont Müller.

Auch die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst stellen klar, warum sie sich nicht weiter verträumen lassen wollen. Ein Pfleger der Knappschaftsklinik Sulzbach: „Wir haben unsere Produktivität in den letzten beiden Jahren um 16 Prozent gesteigert. Da haben wir auch ein Recht auf mehr als drei Prozent mehr Lohn.“ Ähnliches ist von Müllwerkern, Arbeitern und Angestellten der Post, Bediensteten von Stadt und Land zu hören.

Der Platz vor der Staatskanzlei ist mit Bedacht gewählt: Die Demonstranten wollen vom Chef der Staatskanzlei, Karl Rauber, wissen, wie er sich bei den anstehenden Verhandlungen verhalten wird. Verdi-Landesleiter Rolf Linsler meint, Rauber solle mit einem Angebot kommen. Dieses Mal werde sich der öffentlichen Dienst jedenfalls nicht mit einer Null-Runde abspesen lassen: „Wir sind nicht dafür verantwortlich, dass die öffentlichen Kassen leer sind.“ Sollten die Ergebnisse morgen nicht den Vorstellungen der Gewerkschaft entsprechen, werde man streiken, so Linsler. Raubers Antwort: „Wir werden das Ergebnis der Verhandlungen übernehmen. Es wird keine Sonderopfer für Beamte geben.“



Auch die Junge Gruppe beteiligte sich an der Demo

Saarbrücken (hjs). Die Warnstreiks des öffentlichen Dienstes im Saarland haben gestern am Morgen den Reiseverkehr am Flughafen Ensheim und am Nachmittag den Verkehr in der Saarbrücker Innenstadt behindert. Ansonsten gab es im Saarland kaum Beeinträchtigungen. An der Großkundgebung von Verdi und anderen Gewerkschaften mit einem Marsch zur Saarbrücker Staatskanzlei nahmen 6000 Arbeiter, Angestellte und Beamte teil. Sie demonstrierten für mehr als drei Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Heute finden in Kassel Verhandlungen der Arbeitgebervertreter mit den Gewerkschaften statt. Bund, Länder und Kommunen wollen eine Null-Runde erreichen. Sie seien bereit, für ihre Forderungen zu streiken, so Rolf Linsler, der Chef von Verdi-Saar. Nicht die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes seien schuld an der Misere, sondern die Politiker. Besonders betroffen seien die Beamten. Gehaltseinbußen bis zu 18 Prozent seien möglich, so Hugo Müller, Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. (Seite A 2: Kommentar, Seite D 6: Bericht)

Auszug SZ vom 18. Dezember 2002

Auszug SZ vom 18. Dezember 2002

TARIFVERHANDLUNGEN

Tarifverhandlung 2002/2003 nach zähem Ringen abgeschlossen

Der Tarifstreit ist beendet, der Krach um den Flächentarifvertrag fängt erst an

Nach zähem Ringen hatten die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes im allerletzten Anlauf in der Nacht zum Freitag (10. Januar 2003) eine Einigung erzielt. Arbeitgeber und Gewerkschaften verständigten sich nach fast 30-stündigen Verhandlungen in Potsdam auf einen Kompromiss, dem auch die Tarifkommissionen von Ver.di und GdP zustimmte. 106 Gewerkschafter votierten für dessen Annahme, 18 dagegen und fünf enthielten sich der Stimme.

Austritt aus der Tarifunion?

Nach der Einigung im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes wollen immer mehr Arbeitgeber den Flächentarifvertrag aufkündigen. Der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke (CDU) sagte **FOCUS**, er werde in dieser Woche den Kommunalen Arbeitgeberverband auffordern, „mit allen Städten und Gemeinden aus der Tarifgemeinschaft mit dem Bund auszusteigen“. Dann solle „der Bund zukünftig für sich verhandeln und wir Kommunen für uns“, so Wittke.

Der **Spiegel** schrieb unter der Überschrift: Öffentlicher Dienst – Sieger auf verlorenem Posten: „Der Sieg könnte die Gewerkschaften teuer zu stehen kommen. Dem Flächentarifvertrag droht das Aus, Berlin will die beschlossenen Gehaltserhöhungen nicht zahlen, und viele Kommunen sowie mehrere Länder überlegen, eigene Tarifgemeinschaften zu gründen.“

Die saarländische Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer schloss unterdessen in einem Interview mit der Saarbrücker Zeitung nicht aus, dass das Land aus der Tarifunion der öffentlichen Arbeitgeber aussteigt.

Angesichts der Haushaltsnotlage müsse überprüft werden, ob das Saarland ausreichend bei den Verhandlungen repräsentiert war. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse ein Verbleiben in der Tarifgemeinschaft kritisch analysiert werden.

Hier die wichtigsten Ergebnisse für die saarländischen Tarifbeschäftigten:

I. Einmalzahlung

1. Im Monat März 2003 erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5 v.H. der Vergütung, einschließlich der allgemeinen Zulagen/des Monatstabellenlohnes vom Dezember 2002 maximal 185 € Für Teilzeitbeschäftigte gilt die Höchstgrenze für die Einmalzahlung anteilig entsprechend dem Umfang ihrer Arbeitszeit

2. Eine weitere Einmalzahlung in Höhe von 50 € wird im November 2004 gezahlt.

Die Regelungen gelten entsprechend auch für Auszubildende mit der Maßgabe, dass der Höchstbetrag im Sinne der Ziffer (1) 65 € und der Betrag im Sinne der Zif-

fer (2) 30 € betragt.

II. Anhebung der Vergütung und Löhne

1. Die Grundvergütung, Monatstabellenlöhne, Sozial- und Ortszuschläge der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten werden für die Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie für die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis IV a ab 1. Januar 2003 und für die übrigen Angestellten ab 1. April 2003 um 2,4 v.H.,

€ ab 1. Januar 2004 um weitere 1 v.H.,

€ ab 1. Mai 2004 um weitere 1 v.H. erhöht.

Die Ausbildungsvergütungen werden

€ ab 1. Januar 2003 um 2,4 v.H.,

€ ab 1. Januar 2004 um weitere 1 v.H.

€ und ab 1. Mai 2004 um weitere 1 v.H. erhöht.

2. Mindestlaufzeit bis zum 31. Januar 2005

3. die Zuwendung bleibt bis

zum 31. Januar 2005 eingefroren.

III. Weitere Regelungen

1. Der AZV-Tag entfällt mit Wirkung ab 1. Januar 2003

2. Fällt der Aufstieg in die nächste Lebensaltersstufe/Stufe der Grundvergütung bzw. Lohnstufe in die Zeit vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2004, wird der Unterschiedsbetrag zur nächsten Stufe für die Dauer eines Jahres nur zur Hälfte gezahlt. Nach Ablauf dieser Jahresfrist berechnet sich die Stufenzuweisung wieder nach den tariflichen Regelungen.

3. Der Termin für die Auszahlung der Bezüge kann ab Dezember 2003 vom 15. auf den letzten Tag des Monats verschoben werden.

4. Die Tarifvertragsparteien schließen eine Prozessvereinbarung ab, in der sie sich verpflichten, einen Prozess zur Neugestaltung des Tarifrechts ein-

Fortsetzung Seite 4

Werbung Saarland
Toto

TARIFVERHANDLUNGEN

Fortsetzung von Seite 3

zuleiten und diesen bis zum 31. Januar 2005 abzuschließen.

5. Die Tarifvertragsparteien wirken darauf hin, dass Auszubildende nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung für mindestens 12 Monate in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden, soweit nicht Personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen. Dies gilt nicht, soweit die Verwaltung bzw. der Betrieb über Bedarf ausgebildet hat. Die Regelung tritt mit Ablauf des 31. Januar 2005 außer Kraft.

6. Die Vereinbarungen werden nicht angewandt auf Arbeitnehmer, die spätestens am 9. Januar 2003 ausscheiden.

€Das Ergebnis ist ein typischer Kompromiss, bei dem beide Seiten zu- und abgeben mussten und eben nicht alles 100-prozentig zufrieden stellt. Insbesondere die lange Laufzeit und die nur geringen Anhebungen in 2004 sind ein Beleg hierfür.

€Zur Kompromissfähigkeit gehört auch, die Inhalte und ihre Anwendbarkeit im Nachhinein nicht mehr in Frage zu stellen. Daher raten wir der saarländischen Innenministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, dringendst, nicht weiter „nachzukarten“: Nachträgliche Drohgebärden im Sinne eines Austritts aus der Tarifunion der Länder sind unfair und wenig hilfreich.

€Wir erwarten, dass Ministerpräsident Peter Müller jetzt Wort hält: Die Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamtinnen und Beamte muss eine Selbstverständlichkeit sein.

Bewertung des Ergebnisses durch den GdP-Landesvorstand:

Anzeige

GdP Reiseservice informiert

7*2 FLY 999 x FAMILIENURLAUB ZUM "FESTPREIS" AB 999,- €!

FAMILIENKNÜLLER FÜR IHREN SOMMERURLAUB 2003 IN SPANIEN

- 499 Familienflüge zum Festpreis ab 999,- € nach Spanien, solange der Vorrat reicht!
- Abreise zwischen dem 01.05. und 30.09.2003
- Die Auswahl der Destination und der Hotels ist 1-3-TY überlassen.
- Mögliche Ziele sind: Mallorca, Ibiza, Menorca, Gran Canaria, Fuerteventura, Lanzarote, Teneriffa oder die Costa del Sol
- Unterkunft in einem 1-3-TY FBN CLUB oder einer Ferienanlage mit SOUBO Kinoboth mit kostenloser Kinderbetreuung garantiert
- Überbringung in Familienzimmer und Apartments möglich, ohne Garantie
- Mietwagenverfügung Halbpension
- Abflughof und Abflughafen bestimmt der Kunde selbst
- Flugtag nur Montag bis Donnerstag
- Flughafenzuschläge sind bereits inkludiert!

FAMILIENURLAUB ZUM „FESTPREIS“

2 Erwachsene + 1 Kind bis 14 Jahre 1 Woche pro Familie € 999,-
2 Wochen € 1499,-

2 Erwachsene + 2 Kinder bis 14 Jahre 1 Woche pro Familie € 1199,-
2 Wochen € 1699,-

Unsere Hotline: 0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

KG LANDESKRIMINALAMT

Wichtige Zusagen

(Red.) Zur Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Landeskriminalamt am 7. Januar 2003, hatte der Vorsitzende Harry Görens die Politiker MdL Georg Jungmann (innenpolitischer

der SPD-Landtagsfraktion), sowie den GdP-Landesvorsitzenden Hugo Müller geladen.

Im Verlauf einer Diskussionsrunde machte MdL Georg Jungmann wichtige Zusagen im Hinblick auf das diesjährige Beförderungsvolumen und die Anzahl der Neueinstellungen. Das diesbezüglich erstellte GdP-Flugblatt ist nachfolgend abgedruckt.



V.l.n.r.: MdL Reinhold Jost, MdL Georg Jungmann, LKA Chef Harald Weiland, Harry Görens, Reinhold Zimmer

Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Innenausschusses) und MdL Reinhold Jost (innenpolitischer Sprecher

Mitgliederversammlung berichten wir ausführlich in der nächsten Ausgabe von Deutsche Polizei.

Gewerkschaft der Polizei

Landesbereich Saarland

Jetzt stellen WIR uns quer!

Infokreislet Saarbrücken, 8. Januar 2003

GdP-Saar begrüßt Zusagen der CDU-Landtagsfraktion: versprochenes Beförderungsbudget und angepeilte Einstellungszahl bleiben 2003 unangetastet!

Auf der gestrigen Mitgliederversammlung unserer Kreisgruppe LKA in Saarbrücken konnte der Vorsitzende, Harry Görens, auch die innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen begrüßen: Georg Jungmann (CDU) und Reinhold Jost (SPD) waren seiner Einladung gefolgt, sich zu aktuellen innen- und haushaltspolitischen Themen unseres Landes zu äußern und die hierzu sich stellenden Fragen der anwesenden Kolleginnen und Kollegen zu beantworten. Georg Jungmann wurde von unserem Landesvorsitzenden, Hugo Müller, der selbstverständlich auch anwesend war, auf die dramatische Haushaltslage unseres Landes angesprochen. Georg Jungmann erklärte, dass die CDU-Landtagsfraktion trotz der eingetretenen Haushaltsnotlage (die Steuerschätzung aus dem Monat November des letzten Jahres sei jetzt schon nicht mehr aufrecht zu erhalten) die gegenüber der GdP-Saar am 22. Oktober 2002 in Lebach gegebenen Versprechen für das Haushaltsjahr 2003 ohne Wenn und Aber einlösen wird. Georg Jungmann gab schon damals in Lebach, wo er sich mit den Spitzen der GdP-Saar zum Meinungsaustausch getroffen hatte, für die CDU-Landtagsfraktion sein Wort, dass: (1) das Beförderungsbudget für die saarländische Polizei von mehr als 700.000 Euro auch 2003 nicht angetastet und (2) die Einstellungszahl von 85 Polizeianwärtern in 2003 auf jeden Fall gehalten werde. Hugo Müller dankte Georg Jungmann dafür, dass man sich auch in schwierigen Zeiten auf sein Wort verlassen könne: „Die saarländische Polizei, die durch das Thema „Öffnungsklausel“ tief beunruhigt ist, braucht wieder Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik. Ohne dieses Vertrauen, welches das Saarland auch im Bundesrat beim Thema „Öffnungsklausel“ klar unter Beweis stellen muss, ist die Motivation der Kolleginnen und Kollegen erheblich gefährdet.“

Neues aus der Kreisgruppe LPD

● Norbert Meiners ist nicht mehr Vorsitzender des ÖPR. Er wechselte als neuer Leiter des Dezernates 14 ins LKA. Die Kreisgruppe LPD wünscht dir alles Gute bei der neuen Tätigkeit.

● Bruno Leinenbach rückte in den ÖPR nach und ist seit 1.1.2003 freigestelltes Mitglied.

hen, wenn so wenige zu ihrer Gewerkschaft kommen.“ Wenn er doch nur Recht hätte!

● Die GdP-Kreisgruppe stattete Kollegen der Einsatzhundertschaft mit Weltempfängern aus, damit im Einsatz auch öffentlich-rechtliche Sender empfangen werden kön-



Norbert Meiners (links) und Bruno Leinenbach

● Jürgen Barth ist neuer ÖPR-Vorsitzender.

● Am 9.12.2002 fand die Jahresversammlung der Kreis-

nen und die Kolleginnen und Kollegen dadurch immer „auf dem laufenden“ sind.

● Unser Küchenteam in der



Otto Kempf übergibt die Kaffeemaschine an die Kolleginnen

gruppe statt. Ganze 30 Mitglieder (die Kreisgruppe hat 728 Mitglieder!) fanden den Weg in die Aula der LPD. Ein Pensionär formuliert treffend: „den heutigen Beschäftigten muss es aber gut ge-

Mainzer Straße erhielt eine neue Kaffeemaschine, da die alte den Dienst quittiert hatte. Obmann Otto Kempf übergab das Geschenk an die Kolleginnen.

Dienststellenbereisung

Viel Kritik seitens der Kolleginnen und Kollegen mussten sich Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, Landespolizeidirektor Paul Haben und Bezirksleiter Rudi Pauly anlässlich der durch die Kreisgruppe Saarbrück-

ken-Land initiierten Bereisung der Dienststellen Sulzbach, Köllertal und Völklingen anhören. Hauptthemen waren die Personalnot auf den Dienststellen, Dienstzeitmodelle und die Öffnungsklausel.



Die Gesprächsrunde bei der PI Sulzbach

Seniorentreffen

Das diesjährige Seniorentreffen der „neuen“ Kreisgruppe Saarbrücken Land, das am Freitag – Nachmittag, 22.11.2002, in der Steigerklause bei der PI Völklingen stattgefunden hat, war gut besucht. So konnte der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende von Völklingen, Gerd Fischer, 30 SeniorenInnen und Gäste begrüßen.

Gut organisiert vom neuen Seniorenobmann Jürgen Friedling fühlte man sich in angenehmer Atmosphäre wohl, erinnerte sich an alte gemeinsame Erlebnisse und tauschte aktuelle Erfahrungen aus. Auch unser bisheriger Seniorenvertreter Rudolf Karnoll weilte bis zum Schluss unter uns.

Lukullisch wurden die Anwesenden von unserem Vorstandsmitglied und Hobbykoch, Robert Derouet, verwöhnt. Erfreulich ist

die Tatsache, dass auch Senioren aus dem Bereich der bisherigen Kreisgruppe Sulzbach und Sbr. – Brebach den Weg nach Völklingen gefunden hatten.

Der Kreisgruppenvorsitzende, Wolfgang Schäfer, und unser PPHR Vorsitzender, Reinhold Schmitt, die durch einen zeitgleichen Besuchstermin der Innenministerin Annegret Kramp – Karrenbauer vor Ort auf der Dienststelle in Heusweiler gebunden waren, trafen erst später ein.

Mit den besten Wünschen für Weihnachten, einem kleinen Präsent und für den Start ins Jahr 2003 machte man sich auf den Nachhauseweg.

Alle waren der Meinung nächstes Jahr treffen wir uns wieder.

Gerd Fischer

KG SAARLOUIS

Neuer Kaffeeautomat

Die Dienstgruppen der PI Bous hatten den Wunsch nach einer vollautomatischen Kaffeemaschine geäußert. Zur Finanzierung einer solcher Maschine signalisierte mir Dirk Schnubel, dass die Kreisgruppe Saarlouis hierzu einen Zuschuss gewähren könnte.

Zusammen mit einer Umlage der Beamten im Wach- und Wechseldienst konnte somit die neue Kaffeemaschine angeschafft werden.

Die Beamten des Wach- und Wechseldienstes der PI Bous bedanken sich hiermit für die großzügige Spende der GdP Kreis-

gruppe Saarlouis. Das Foto zeigt die Kollegen Jungmann, Rink und Speicher bei dem Verzehr der ersten Tassen Kaffee.

Alfred Jungmann



KG SAARPFALZ

Mitgliederversammlung

Am 19. November 2002 fand die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Saarpfalz im Sportheim des SV Rohrbach statt. KG-Vorsitzender Werner Hofmann konnte bei der sehr gut besuchten Versammlung einen positive Rückblick über die Aktivitäten der Kreisgruppe im abgelaufenen Jahr halten. Landesvorsitzender Hugo Müller gab einen Überblick über aktuelle Gewerkschaftsthemen auf Bundes- und Landes-

ebene, wobei die anstehenden Tarifverhandlungen und die Problematik der „Öffnungsklausel“ einen breiten Raum einnahmen.

Höhepunkt der Versammlung war die Ehrung langjähriger Mitglieder. Fred Loch und Walter Berthold konnten für 40jährige Mitgliedschaft und Thomas Hofmann, Axel Blauth, Peter Kopp und Roland Reinshagen für 25jährige Mitgliedschaft geehrt werden.



V.l.n.r.: Werner Hofmann, Hugo Müller, Fred Loch, Thomas Hofmann, Walter Berthold, Axel Blauth und Peter Kopp

TREFFEN

Für die saarländische Polizei in Berlin unterwegs

Zufällig trafen sie sich in der Kuppel des Reichstages:

Roland Hoffmann, Leiter der EHudes Saarlandes, der sich als Mitglied einer Projektgruppe des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder zu einer Besprechung in der Bundeshauptstadt aufhielt, und Jens Berner, Einsatzbeamter der EHu, der als Landesvorsitzender der Jungen Gruppe an einer Bundesjugendvorstandssitzung in Berlin teilnahm.

Mitglieder der GdP Saar, in allen Gremien der Polizei und Gewerkschaft vertreten.



Von links: Jens Berner, Roland Hoffmann

RoHo

BIKERTREFFEN

Die GdP Berlin führt in diesem Jahr im Zeitraum vom 29. Mai bis zum 1. Juni ihr bekanntes Bikertreffen durch.

Auch in diesem Jahr wollen wir am Bikertreffen in Berlin mit einer saarländischen Gruppe teilnehmen. Anreise und Rückreise ist mit je einer Übernachtung geplant, wodurch sich folgender Zeitrahmen ergibt: Anreise 28./29. Mai und Rückreise 1./2. Juni 2003.

Informationen und Anmeldung bei Reinhold Schmitt, Tel. 0681-9621512, bzw. Ringleitung 763-1512.



Reformoptionen im Beihilfesystem

Fortsetzung des Berichts von Carsten Baum aus DP 1/2003



Carsten Baum

Dies waren nur einige der vielen, teils hochspeziellen Fragen, denen man in dem Hearing nachging. Die in einem umfangreichen Katalog aufgelisteten Fragen hatte der DGB bereits im Vorfeld des Hearings an den Teilnehmerkreis versandt. Zweck: Problembewusstsein entwickeln - nachdenken - erkundigen - Beschlüsse eigener Gremien kritisch reflektieren - im Podium gezielt referieren und als Plenum sachkundig diskutieren und aufgeschlossenen zuhören.

DGB

Zu Beginn des Hearings stellte die Beamtenspolitikerin im DGB, Ingrid Sehrbrock, gesundheitspolitische Grundpositionen heraus, die der DGB anlässlich seines 17. Ordentlichen Bundeskongresses im Juli 2002 formuliert hat:

- Von der angeblichen „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ kann angesichts der Steigerung des Beitragssatzes um ur einen Prozentpunkt innerhalb der letzten zehn Jahre nicht ernsthaft die Rede sein;

- die bisherige Ausgaben-dämpfungspolitik trifft vorwiegend die Patienten, ohne dass dadurch Probleme wie Fehlversorgung (chronisch Kranker), mangelnde Qualität und Wirtschaftlichkeit gelöst wurden.

Der DGB tritt ein für eine Reform unseres solidarischen Gesundheitswesens mit folgenden wesentlichen Elementen:

- Qualitätsverbesserung (z.B. durch mehr Wettbewerb der Ärzte, Kliniken, Reha- und Pflegeeinrichtungen als sog. Leistungserbringer)

- höherer Wirtschaftlichkeit (z.B. durch Wegfall des doppelten Facharztsystems in Klinik und ambulanter Versorgung, Fallpauschalen statt Einzelleistungsvergütungen, integrierte Versorgung „aus einer Hand“ und mehr Kooperation statt eines viegliedrigen Systems aus Haus- und Facharzt, Klinik, Reha-/Pflegeeinrichtung etc., die alle einzeln Geld schlucken)

- mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

- eine gerechte Finanzierung (unter Beibehalt der paritätischen Gesundheitsfinanzierung durch Arbeitgeber/Arbeitnehmer mit Anhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze, damit sich die Einnahmesituation der gesetzlichen Kassen durch mehr gutverdienende Beitragszahler verbessert; wie in der Rentenversicherung sollte der Staat auch den Krankenkassen einen Bundeszuschuss zahlen)

- eine Verringerung sozialbedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen einschließlich der Frage der Einbeziehung von Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV)

Ein besonderer Stellenwert soll dabei einer verstärkten Präventions- und Gesundheitsförderung zukommen (Beispiel: Vorsorgekuren bei besonders gesundheitsbelastenden Tätigkeiten wie etwa Wechselschichtdienst – eine bekannte GdP-Forderung aus mehreren zurückliegenden Kongressen und Delegiertentagen).

Aus Sicht des DGB sind die unterschiedlichen Beihilfesysteme des Bundes und der Länder zu wenig transparent. So gibt es etwa über Verwaltungskosten oder Gesundheitsausgaben in der

Beihilfe derzeit kaum Daten, so dass ein Vergleich mit der GKV schwer möglich ist. „Der DGB und die Gewerkschaften sehen sich in ihrer Forderung nach einem Beihilfebericht mit bundesweit einheitlichen Kriterien bekräftigt“, betonte Beamtenspolitikerin Ingrid Sehrbrock, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB in dem Hearing, „auch wenn diese Forderung nicht bei allen Politikern auf Gegenliebe stößt.“ Ein Bericht schaffe mehr Transparenz in den Beihilfesystemen und damit auch mehr Transparenz in den öffentlichen Haushalten.

Eine schlichte Kürzungspolitik zum Nachteil der Beamtinnen und Beamten kommt aber für den DGB nicht in Frage. Ingrid Sehrbrock: „Eine ‚Wirkungsgleichheit‘, so wie wir sie bei der Übertragung der Rentenreform auf die Beamtenversorgung erlebt haben, wollen wir nicht zulassen“.

Fachleute im Podium

In dem Hearing informierten unter Moderation von Ingrid Sehrbrock mit eigenen Statements und stellten sich den kritischen Fragen der Gewerkschafter folgende Fachleute aus den Bereichen....

...Wissenschaft:

Prof. Dr. Jürgen Wasem, Universität Greiswald, Lehrstuhl für Gesundheitsmanagement

Dr. Melanie Schnee, Projekt Gesundheitsmonitoring bei der Bertelsmann-Stiftung

Enrique Ribet-Buse, Rechtsanwalt für Verwaltungsrecht

...Gestaltung und Verwaltung:

Dr. Hans Bernd Beus, Bundesministerium des Innern (BMI)

Josef Hecken, Staatssekretär im Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes (MIFAGS)

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke,

TU Berlin, Fachgebiet Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie

Dr. Rose, Senatsdirigent bei der Senatsverwaltung für Inneres, Berlin

Dr. Helmut Fogt, Leiter des Dezernats Personal, Organisation, Statistik und Wahlen beim Dt. Städtetag

...Interessenverbände:

Norbert Minn, Abteilungsleiter Mitgliedschaftsrecht des VdAK e.V.

Dr. Volker Leinenbach, Verbandsdirektor, Verband der privaten Krankenversicherungen (PKV) e.V., Köln

Dr. jur. Rainer Hess, Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung

Dipl.-Kauffrau Renate Hess, Dezernentin für Honorarfragen, Bundesärztekammer, Köln

Thomas Isenberg, Leiter des Fachbereiches Gesundheit, Ernährung, beim Bundesverband der Verbraucherzentralen e.V. (vzbv).

wesentliche Aussagen

Eine detailliertere Zusammenfassung des Beihilfehearings bringt die Zeitschrift „Recht im Amt“ Anfang 2003. Daher jetzt aus Platzgründen in „Deutsche Polizei“ nur einige der wesentlichen Aussagen aus dem Hearing in Schlagsätzen:

- „Wir sollten uns am Beispiel Schweiz orientieren, wo sich Staat, Arbeitgeber und alle Bürger die Gesundheitskosten gemeinsam schultern. Der europäische Binnenmarkt wird künftig ohnehin mehr Reformdruck erzeugen, als wir uns heute in der noch national-beschränkten gesundheits- und ordnungspolitischen Diskussion vorstellen können“ (Prof. Henke).

Fortsetzung Seite 8

● „Die Verfassung (Art. 33 GG) zwingt rechtlich nicht dazu, die Gesundheitsrisiken der heute bundesweit rd. 6 Mio. beihilfeberechtigten Beamten und Versorgungsempfänger und ihrer Familien gerade in Form von Beihilfen abzudecken. Zum geforderten Beihilfebericht gebe ich zu bedenken, dass dieser nicht nur die bezweckte Transparenz schaffen, sondern auch zu Neid Diskussionen an den Stammtischen zu Lasten der Beamten und zu mehr Druck hinsichtlich einer Verschlechterung bei der Beihilfe bis hin zu lautstarken Forderungen zur Überführung der Beamten in die GKV führen könnte“ (Dr. Beus/BMI).

● „Ich würde einen Beihilfebericht begrüßen. Er könnte zur Versachlichung der Diskussion und zur Problemlösung beitragen. In der Beihilfe haben sich die Kosten im Saarland zuletzt insgesamt um 5,7, dabei bei den aktiven Beamten nur um 2,8, bei den Versorgungsempfängern aber um 9,8 Prozent erhöht. Auch hier tickt also eine demographiebedingte Zeitbombe. Eine Überführung neu eingestellter Beamter in die GKV würde für die Dienstherren zu einer finanziell kaum tragbaren Doppelbelastung führen, da sie zugleich hälftig die Krankenversicherungsbeiträge (Arbeitgeberanteil) von Berufsanfängern und die steigenden Beihilfekosten für den ‚Altbestand‘ vorhandener Beihilfeberechtigter tragen müssten. Vorstellen könnte ich mir aber eine Wahlrechtslösung für Berufsanfänger mit Entscheidung zwischen den Alternativen GKV oder Beihilfesystem. Letzteres wird aber wohl ohne Leistungseinschnitte kaum weiter finanzierbar sein, wenn sich nicht alle Beihilfetragere zusammen tun, sich ihrer Marktmacht bewusst werden und hieraus mehr Wirtschaftlichkeit erzwingen können.“ (Staatsekretär Hecken/MIFAGS).

● „Nach unseren Erhebungen im Gesundheitsmonitoring sind Beihilfeberechtigte insoweit reformfeindlich, weil das System Beihilfe für sie gegenüber anderen Varianten überdurchschnittlich

che Vertrauens- und Zufriedenheitswerte aufweist“ (Dr. Schnee/Bertelsmann).

● „Auch im Beihilfesystem kann mehr Wirtschaftlichkeit erreicht werden, wenn durch die Dienstherren nicht nur an Leistungserbringer gezahlt, sondern ihnen gegenüber mehr gesteuert wird. Kostensenkungschancen bestehen in mehr Wettbewerb, durch besseres Controlling und optimierte Vertragsgestaltung zwischen Zahlern (Dienstherren) auf der einen und Ärzten bzw. Kliniken als den Leistungserbringern auf der anderen Seite“ (Prof. Wasem).

● „Ein Beihilfebericht für mehr Kostenbewusstsein und eine Harmonisierung der Beihilferegelungen in Bund und Ländern wären sicher wirksame Schritte zur Kostendämpfung. Ob die Einbeziehung der Beamten in die GKV insgesamt kostengünstiger wäre als das Beihilfesystem, bezweifle ich“ (Dr. Fogt/Städtetag).

● Die gesetzlichen Krankenkassen sind mit rd. 30 Mrd. Euro im Minus, die privaten Krankenversicherer durch Rückstellungen etc. mit 68 Mrd. Euro im Plus, da sollte klar sein, wo die Beamten besser aufgehoben sind“ (Dr. Leinenbach, Verbandsdirektor der Privaten Krankenversicherer).

● „Wettbewerb besteht bereits auf Grund der Unterschiedlichkeit der Systeme (gesetzliche bzw. private Krankenversicherung und Beihilfe). Angesichts der notwendigen Mischkalkulation von Ärzten und Kliniken sind die Beamten als beihilfeberechtigte (Privat-)Patienten überproportional am Gesamtumsatz (in den alten Bundesländern mit 19 Prozent) beteiligt. Wir brauchen die höheren Erträge aus der Behandlung der Beamten, um die Infrastruktur des gesamten Gesundheitssystems finanziell aufrecht zu erhalten, die der Gesamtbevölkerung zugute kommt. Insofern hat sich das Beihilfesystem aus Sicht der Ärzte bewährt“ (Dr. Hess/Kassenärztliche Bundesvereinigung).

Was hat das Hearing gebracht?

Angesichts der unterschiedlichen Positionierung von Referenten und Teilnehmern, der aus Podium und Plenum beigesteuerten Daten, Fakten und Argumente konnte das Hearing am 17. Oktober trotz achtstündiger Dauer erwartungsgemäß noch keinen Königsweg für die bevorstehende Debatte um weitere Reformen im Gesundheitswesen aufzeigen. Gleichwohl lieferte das Hearing gute Informationen und gab hilfreiche Denkanstöße. „Berlin ist eine Reise wert“ – das galt also auch in Bezug auf das Hearing, aus dem man doch um Einiges klüger herausging, als man hineingekommen war.

GdP auch gesundheitspolitisch am Ball

Ihrer gewerkschaftlichen Aufgabe, auch an der Gestaltung des Gesundheitssystems mitzuwirken, hat sich die GdP frühzeitig gestellt. Eine vom GdP-Bundesvorstand eingerichtete „Ad-hoc-Kommission Gesundheitspolitik“ mit Artur Jung und Carsten Baum aus unserem Landesbezirk hat bereits im Juli 2002 getagt, um Infos und Argumente zur mitgliederorientierten Positionierung der GdP zusammenzutragen. Die dabei entwickelten Oberziele machte sich der GdP-Bundesvorstand im Monat zu Eigen, ebenso konkrete Vorstellungen für eine optimierte Prävention und Rehabilitation Polizeibeschäftigter.

Zuletzt beauftragten im Oktober 2002 die Delegierten des 22. Ordentlichen Bundeskongresses in Magdeburg den GdP-Bundesvorstand im Leitantrag E 46 sowie mit den Anträgen C 57 und D 30-32 mit gezielten gesundheitspolitischen Aktivitäten in Richtung auf

● Beibehaltung der paritätischen Finanzierung (Arbeitgeber/

Arbeitnehmer bzw. Staat/Beamte)

● keine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen

● Vermeidung finanzieller Mehrbelastungen und Leistungsver schlechterungen

● Qualitätsorientiertes Gesundheitsmanagement

● Sicherstellung der Teilhabe am medizinischen Fortschritt

● Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung (Vorsorgekuren, Supervision, Einsatznachsorge)

● gezielte Maßnahmen gegen die berufstypischen Belastungen und Folgen von Wechselschichtdienst bis hin zur erhöhten Anrechnung dort geleisteter Arbeitszeit

● mehr Kostentransparenz (z.B. durch „Patientenquittungen“ für sämtliche Patienten).

Dabei nimmt die GdP die aus der Bertelsmann-Befragung bekannt gewordenen Aussagen der älteren Beihilfeberechtigten zur Höhe der Versicherungsbeiträge und ihre Angst vor künftiger medizinischer Unterversorgung im Alter ebenso ernst wie die berechtigten Forderungen der aktiven, im Wechselschichtdienst arbeitenden Polizeibeschäftigten nach gezielterer Gesundheitsprävention und erhöhter Anrechnung dieser berufstypischen Belastungen auf die Lebensarbeitszeit.

Für den Diskussionsprozess zur Gestaltung des Gesundheitswesens in unserer Bevölkerung insgesamt und speziell für die Polizeibeschäftigten gab das DGB-Hearing hilfreiche Denkanstöße, die bei dem für Frühjahr 2003 vorgesehenen „GdP-Gesundheitsforum“ gezielt vertieft werden sollen.

Die GdP will sich argumentativ weiter rüsten und dafür kämpfen, dass den Polizeibeschäftigten keine unververtretbaren Verschlechterungen bei der Gesundheitsvorsorge bzw. bei der Beihilfe aufs Auge gedrückt werden. Beabsichtigte Kürzungen dreist mit dem Etikett der Innovation zu versehen, das wird die GdP jedenfalls keinem Dienstherren so einfach durchgehen lassen.